

Integrierte Stadtentwicklung in Europa

Herausforderungen, Strategien und Perspektiven

Integrierte Stadtentwicklung – eine Strategie, die in europäischen Städten weit verbreitet ist und die, nicht zuletzt durch die „Leipzig Charta“ unterstrichen, einen substanziellen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Städte leisten soll. Was hat sich gegenüber dem Ansatz der „Integrierten Entwicklungsplanung“ der 1960er und 1970er Jahre verändert? Was ist heute Stadtentwicklung in Europa, vor welchen Herausforderungen stehen die Städte, welche Strategien finden sich in einer postmodernen Stadt und welche Diskussionspunkte ergeben sich daraus für die zukünftige Stadtentwicklung? Dies sind Fragen, denen der Beitrag nachgeht und denen er sich vor dem Hintergrund planungstheoretischer Überlegungen, der Praxis in den Städten Europas sowie europäischer Programme, Initiativen und Aktivitäten annähert.

Unter integrierten Ansätzen der Stadtentwicklung kann „eine räumliche, zeitliche und sachliche Abstimmung und Vernetzung unterschiedlicher politischer Handlungsfelder und Fachplanungen verstanden werden, bei der unter Vorgabe bestimmter (finanzieller) Instrumente definierte Ziele erreicht werden sollen. Dabei spielt die frühzeitige und umfassende Einbindung aller auch außerhalb von Politik und Verwaltung stehender, für die nachhaltige Stadtentwicklung relevanter Akteure eine herausragende Rolle“ (BMVBS/BBR 2007a: 15). Gemeint ist eine koordinierte Gesamtentwicklung der Stadt, die gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Aspekte berücksichtigt. Wesentliche Merkmale sind Ressortzusammenarbeit, Integration unterschiedlicher thematischer Handlungsfelder – zudem über einen längeren Zeitraum – sowie die Beteiligung von Akteuren auch außerhalb von Politik und Verwaltung.

Doch wie greift die Strategie der integrierten Stadtentwicklung – vor dem Hintergrund des gegenwärtig prägenden Leitbilds einer nachhaltigen Entwicklung – frühere Erfahrungen aus der Planungspraxis auf? Bereits Ende der 1960er Jahre wurde im angelsächsischen Raum unter dem Begriff „Comprehensive Planning“ und in der Folge in Westdeutschland unter „Integrierter Entwicklungsplanung“ bzw. Stadtentwicklungsplanung ein ähnliches Verständnis diskutiert (vgl. Haen et al. 1975; BMZ 1973). In dieser Phase der Planungseuphorie entstanden umfangreiche Stadt-, Regional- und Landesentwicklungspläne, die eine horizontal wie vertikal koordinierte Gesamtplanung für einen längeren Zeitraum zum Gegenstand hatten und so zu einer rationaleren Allokation der gesellschaftlichen Ressourcen beitragen sollten. Diese ambitionierten, überwiegend wachstumsorientierten Ansätze erwiesen sich jedoch als zu starr und unflexibel, so dass veränderte Rahmenbedingungen – insbesondere wirtschaftliche Einbrüche, der Bericht des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ im Jahr 1972 oder der „Ölschock“ von 1973 – dazu führten, dass die Konzepte bereits nach kurzer Zeit unbrauchbar wurden. In der Folge verlor die Politik ihr Vertrauen in die öffentliche Pla-

nung und in zahlreichen Ländern setzte eine regelrechte Planungsfeindlichkeit und Deregulierung ein (vgl. Hall 2002, Heinz 2000, Schmals 1999, Albers/Wekel 2008: 28ff). Insofern stellt sich die Frage, wie die neuere integrierte Stadtentwicklungsplanung positive Elemente dieser frühen Phase aufnehmen und gleichzeitig die Kritikpunkte berücksichtigen kann.

Heute erarbeiten viele Städte Integrierte Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) und vielerorts wird von einer Renaissance einer gesamtstädtischen strategischen Entwicklungsplanung gesprochen – beispielsweise forderte der Deutsche Städtetag 2003 eine „langfristig orientierte, integrierende, strategische Stadtentwicklungsplanung“. Dies zielt jedoch nicht auf eine „Neuaufgabe“ starrer Konzepte der 1970er Jahre, sondern auf einen strategischen ziel-, prozess- und umsetzungsorientierten Ansatz, der die räumlichen Verflechtungen berücksichtigt und auf Netzwerke mit privaten und öffentlichen Akteuren baut (vgl. Reiß-Schmidt 2006: 15f).

Eine politische Verankerung erfuhr dieser Ansatz durch die „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“, die im Rahmen des informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt am 24./25. Mai 2007 in Leipzig angenommen wurde. Danach verpflichteten sich alle 27 EU-Staaten dazu, „das Instrument der integrierten Stadtentwicklung voranzubringen“ (BMVBS 2007b: 1; siehe Beitrag Lütke Daldrup in diesem Heft).

Eine integrierte Stadtentwicklung findet sich sowohl auf der gesamtstädtischen als auch auf der Quartiersebene. Im Idealfall gibt es in den Städten ein übergreifendes Entwicklungskonzept als Grundlage für alle weiteren Planungen. Inhalt des Konzepts sind neben Stärken-Schwächen-Analysen Zielformulierungen für unterschiedliche Teilräume und Handlungskonzepte, die nach zeitlichen Horizonten kurz-, mittel- und langfristig gestaffelt sind. Hieran wird deutlich, dass die integrierte Stadtentwicklung Elemente der strategischen Planung aufnimmt, die seit einigen Jahren ebenfalls an Stellenwert gewonnen hat (vgl. Salet/Faludi 2000; Hamendinger et al. 2008; Sinning 2008).

Städte in Europa – Dimensionen, Strukturen, Herausforderungen

Über drei Viertel der europäischen Bevölkerung leben in städtischen Gebieten, fast zwei Drittel in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern (vgl. BMVBS/BBR 2007a). In allen europäischen Staaten übersteigt die Bevölkerung der Städte diejenige der ländlichen Räume. Dennoch geht die Einwohnerzahl vieler Städte in Europa seit mehreren Jahrzehnten aus verschiedenen Gründen zurück – z. B. durch Abwanderung¹ und demografische Veränderungen. Wenn im Folgenden von Städten gesprochen wird, sind sowohl Klein- und Mittelstädte als auch Großstädte gemeint, wobei der Fokus auf den Großstädten mit über 100.000 EW liegt.

Für den Typus der „**Europäischen Stadt**“ lassen sich in Abgrenzung zu Städten anderer Kulturkreise einige Merkmale benennen, die über die beiden von Max Weber genannten – Marktwirtschaft und Selbstverwaltung – hinausgreifen: geringere Verstädterungsdynamik, eingeschränkte Suburbanisierung, deutlich stärkere Wertschätzung des Stadtzentrums, urbane Lebensweisen, weitreichende stadtplanerische Kompetenzen der Städte, entwickeltes System wohlfahrtsstaatlicher Institutionen und von Unterstützungsleistungen sowie Präsenz historischer Bauten im Stadtbild. Zusammenfassend benennt Siebel (2004, 2005) fünf Merkmale der europäischen Stadt: Präsenz der Geschichte, Hoffnung auf Emanzipation, urbane Lebensweise, gebaute Stadt und geplante Stadt. Diese Merkmale beschreiben allerdings einen Idealtypus; weder finden sie sich ausschließlich noch gleichermaßen in europäischen Städten. Vielmehr ist mit den Merkmalen in ihrer Ganzheit das Besondere der Stadt in Europa im Vergleich zu Städten anderer Kulturkreise beschrieben.

Die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union weisen große Unterschiede in der **Städtepolitik** auf. In den neuen EU-Staaten findet Städtepolitik überwiegend nur auf der lokalen Ebene statt². Im so genannten „Pentagon“ – einer mit den Eckpunkten London, Paris, Mailand, München und Hamburg abgegrenzten Zone – konzentrieren sich Wirtschaft und Bevölkerung der Gemeinschaft. Insgesamt liegen in diesem europäischen Kernraum 31 von 76 „Metropolitan European Growth Areas“ (MEGAs; vgl. Abb. 1), wobei nur London und Paris gleichzeitig „Global Cities“ sind³ (vgl. BBR 2005: 24). Hier steigt die Bevölkerungszahl weiterhin deutlich an.

Städte zwischen Moderne und Postmoderne

Die Diskussion über die moderne Stadt hat besondere Wurzeln in Europa. Mit der „Charta von Athen“ wurde 1933 das Leitbild der „Funktionalen Stadt“ geprägt, das über Jahrzehnte entscheidenden Einfluss auf die Stadtplanung und Stadtentwicklung nicht nur in Europa hatte, wie Leitbilder der 1950er – „Die gegliederte und aufgelockerte Stadt“ – und der 1960er Jahre – „Die autogerechte Stadt/Flächensanierung“ – zeigen.

Postmoderne Stadtentwicklung

Veränderte Rahmenbedingungen für die Stadtentwicklung haben immer wieder auch einen Wandel der Leitbilder und Strategien nach sich gezogen. Gegenwärtig kann man von einem „Übergang von der fordistischen zur postfordistischen Stadt“ sprechen (vgl. Häußermann et al. 2008), wobei die Städte vor der Aufgabe stehen, nicht mehr „Wachstum innerhalb der Stadt zu verteilen, sondern Wachstum selbst zu erzeugen“ (ebd.: 246). Zusätzliche Anforderungen an Entwicklungsstrategien ergeben sich aus den Transformationsprozessen, die seit den Umwälzungen der 1990er Jahre im Osten Europas ablaufen (vgl. Ostergren/Rice 2004: 286ff.). In Bezug auf die Steuerung und Finanzierung der Stadt gewinnen private Akteure an Bedeutung. Beispiele dafür finden sich unter anderem in der Wohnungsversorgung, der Stadterneuerung, bei Versorgungs- und Entsorgungsdienstleistungen und in weiteren Infrastrukturbereichen. In der Folge sind zuletzt einige Strategien der Stadtentwicklung in den Vordergrund gerückt (ebd.: 248ff.):

- Kulturalisierung der Stadtpolitik,
- Stärkung der Stärken (und Vernachlässigung des Abbaus von Disparitäten),
- Fokussierungsstrategien in Form von Festivals, Projekten und Großereignissen,
- Förderung gesellschaftlich benachteiligter Quartiere,
- Public Private Partnership und Sponsoring,
- Partizipation und kommunikative Verfahrensweisen.

Diese Strategien deuten in verschiedener Weise auf veränderte Grundverständnisse der Stadtentwicklung hin. Zum Beispiel wandelt sich das Verständnis von Staatlichkeit, wenn neben die im Fordismus dominierenden hierarchischen Steuerungsformen Partnerschaften und Kooperationen treten und damit zur Verschiebung von Macht beitragen. Private Akteure – Wirtschaft und Zivilgesellschaft – sollen als „Ko-Produzenten“ zum „Produkt Stadt“ beitragen. Gleichzeitig verlieren die Städte ihre Rolle als kommunale Wohlfahrtseinrichtungen und werden zunehmend als Wettbewerber betrachtet, die sich in der internationalen Standortkonkurrenz zu behaupten suchen. Soziale, kulturelle und ökologische Belange finden allenfalls Berücksichtigung, wenn sie zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beitragen können. In diesem utilitaristischen Verständnis, das auf die Stadt als Wirtschaftsstandort ausgerichtet ist, erhält soziale Integration in erster Linie dann einen Stellenwert, wenn Problemstadtteile das Image bedrohen oder Migration zur Lösung von Engpässen beim Arbeitskräfteangebot beitragen soll.

Doch diese parallelen städtischen Realitäten stoßen an ihre Grenzen, wenn es z. B. auf der einen Seite um eine „Leuchtturm-Politik“ bzw. die Forcierung von Großprojekten im Sinne einer Festivalisierung der Städte geht, um Aufmerk-

samkeit zu gewinnen und so im globalen Wettbewerb zu bestehen, auf der anderen Seite aber Problemquartiere mit gravierenden gesellschaftlichen Herausforderungen entstehen (siehe zu Dublin und Mailand die Beiträge von Schubert und Potz in diesem Heft).

■ **Globalisierung und Strukturwandel der Städte:** Das Handeln der Städte wird seit einigen Jahren immer ausgeprägter von globalen Strukturumbrüchen der Wirtschaft bestimmt. In den westlichen Staaten wandeln sich die Stadt- und Regionalökonomien in Richtung Wissens- und Dienstleistungsorientierung, Produktionsbetriebe und Industrien werden in Billiglohnländer verlagert. Neben Binnenveränderungen innerhalb der Städte wirken dabei übergeordnete Rahmenbedingungen auf die Stadtentwicklung ein. Im Rahmen der Globalisierung erhöht sich die Mobilität von Gütern, Investitionen, Informationen sowie Arbeitskräften und es entsteht ein globaler „Raum der Ströme“ (vgl. Castells 2004, Léautier 2006). „Städte und Stadtregionen konkurrieren in einem internationalen Rahmen um Investitionen und um Arbeitskräfte“ (Häußermann et al. 2008: 9). Der Wettbewerb

hat sich dabei räumlich und inhaltlich erweitert; globale Wanderungsbewegungen lassen Städte zu multikulturellen Orten werden.

Im Rahmen der Globalisierung bildet das internationale Städtesystem Hierarchiestufen und Spezialisierungen aus, in denen sich Städte bzw. großräumigere Stadt- und Metropolregionen mit ihren jeweiligen Standorteigenschaften als „Knoten im Netz“ zu verorten suchen. Allerdings ist zugleich ein „Standortparadox in einer globalen Wirtschaft“ zu beobachten (vgl. Porter 1998: 236): Während zahlreiche Funktionen auf Internationalisierung und Größenvorteile ausgerichtet sind, gewinnt gleichzeitig auch die Einbettung in die Stadt und Region an Bedeutung, da die „hochspezialisierten Fähigkeiten und Kenntnisse, Institutionen, Konkurrenten sowie verwandten Unternehmen“ etc., die zu Produktivitäts- und Innovationsvorteilen beitragen, „sich schwerlich aus der Ferne nutzen lassen“ (Porter 1999: 63).

■ **Demografischer Wandel:** Die Bevölkerungsentwicklung der Städte in Europa kann als komplex und vielfältig bezeichnet werden. Innerhalb vieler nationaler städtischer Systeme

findet sich eine Gleichzeitigkeit von Bevölkerungswachstum, -stagnation und -rückgang. Ein übergreifender Trend ist die älter werdende Bevölkerung: Im Jahr 2060 werden in der EU fast dreimal so viele Menschen wie heute 80 Jahre und älter sein. Dabei hängen jedoch Altersstruktur und demografische Wachstumsraten in Städten eng zusammen. Daten des europäischen Urban Audit zeigen, „dass die Städte mit dem stärksten Bevölkerungswachstum die Städte sind, die den geringsten Anteil an älteren Menschen und, dementsprechend, den höchsten Anteil an Kindern und jungen Menschen haben“ (EC 2007: 6). Beispiele für solche Städte sind London, Dublin und Madrid. Das größte Wachstum in europäischen Staaten wird laut Europäischem Statistikamt (für 2008) für Zypern, Irland, Luxemburg, Großbritannien und Schweden erwartet, die stärksten Rückgänge für Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien und Polen.

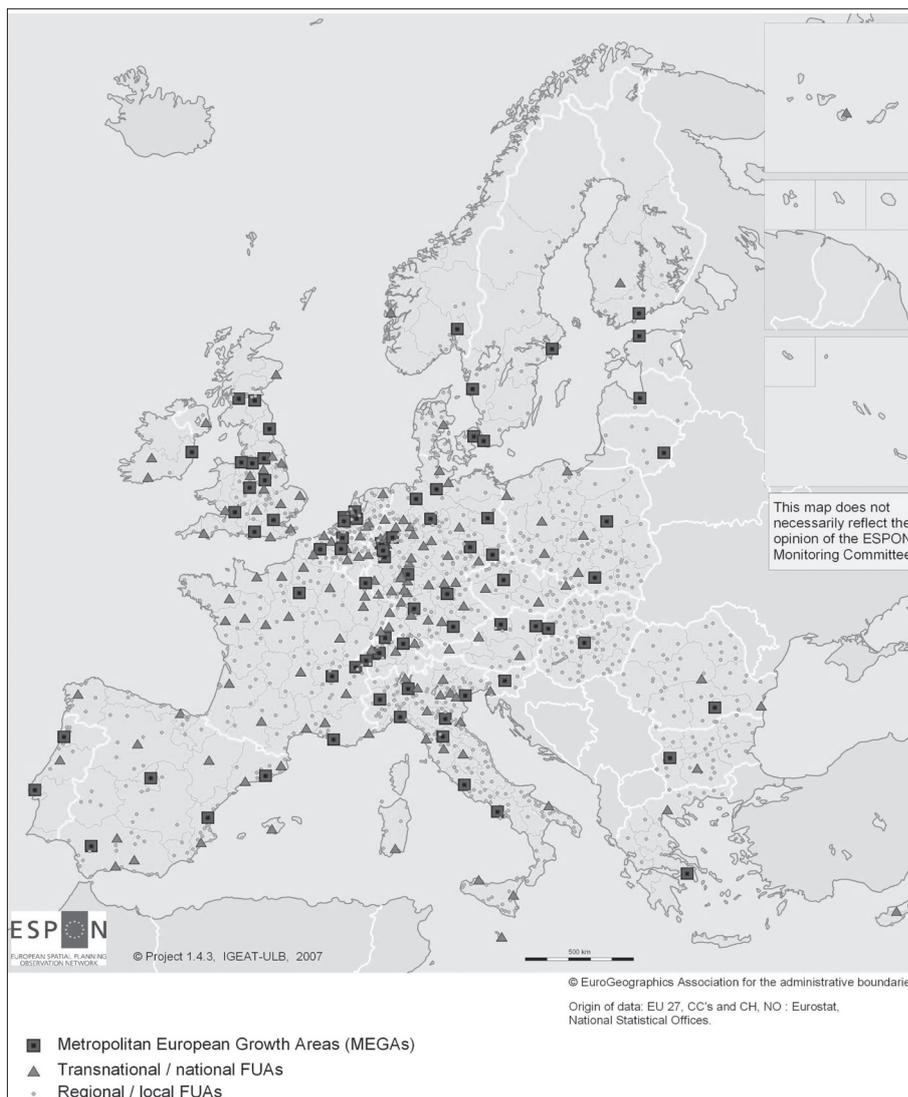


Abb. 1: Europäisches Städtesystem: Metropolitan European Growth Areas (MEGAs) und Functional Urban Areas (FUAs) [Quelle: ESPON]

Europäische Aktivitäten für städtische Entwicklung

Wie berücksichtigt das institutionalisierte Europa die Städte in der Politik? Zwei Dokumente, die im Mai 2007 von den für Raumplanung und Stadtentwicklung zuständigen Ministern der europäischen Mitgliedstaaten verabschiedet wurden, verdeutlichen das zunehmende Bemühen um die Stadtentwicklung auf EU-Ebene: Die „Territoriale Agenda der Europäischen Union“ und die „Leipzig Charta über die nachhaltige europäische Stadt“ (kurz: „Leipzig Charta“).

■ Die „**Territoriale Agenda**“ ist eine Fortsetzung des Europäischen Entwicklungskonzepts (EUREK). Dabei ist die stärkere Ausrichtung auf die Städte, insbesondere auf Metropolen, als Wachstumsräume zu erkennen. Mit dem EUREK (vgl. EC 1999) fand eine Selbstbindung der europäischen Mitgliedstaaten und der EU-Kommission statt, „ihre Politiken im Hinblick auf Zusammenhalt, Nachhaltigkeit und territoriale Auswirkungen abzustimmen“ (Faludi 2005: 254). Die Aufmerksamkeit lag auf einem „ausgewogenen und polyzentrischen Städtesystem in Europa und der Partnerschaft von Stadt und Land“ (ebd.). Neben den Zielen des EUREK basiert die „Territoriale Agenda“ auf den vom Ministerkomitee des Europarates bestätigten „Leitlinien für eine nachhaltige räumliche Entwicklung auf dem europäischen Kontinent“ (CEMAT-Leitlinien). Die „Territoriale Agenda“ benennt die folgenden Prioritäten für die räumlichen Entwicklungsmaßnahmen in der EU (vgl. BMVBS 2007a: 2 f.):

- innovative Vernetzung von Metropolregionen, Stadtregionen und Regionalzentren,
- neue Formen der Partnerschaft und politischen Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land,
- Stärkung und den Ausbau transeuropäischer Netze,
- Förderung eines transeuropäischen Risikomanagements,
- verantwortungsvolle Nutzung ökologischer Ressourcen und kultureller Werte.

■ Die „**Leipzig Charta**“ ergänzt die „Territoriale Agenda“, indem sie die integrierte Stadtentwicklungspolitik als europäische Aufgabe hervorhebt (vgl. BMVBS 2007b: 2). Die erkennbare Betonung der sozialen und ökologischen Dimension kann als Reaktion auf die eher einseitige ökonomische Ausrichtung der „Lissabon-Strategie“ (2000 und 2006) verstanden werden, die Wettbewerb, Wachstum und Beschäftigung im Mittelpunkt sieht. Auch die „Göteborg-Strategie“ (2001) hatte im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung bereits ergänzend auf die Umweltdimension hingewirkt.

■ Darüber hinaus haben verschiedene **europäische Initiativen, Förderprogramme und Politiken** die Herausforderungen der städtischen Räume in Europa in den vergangenen Jahren aufgegriffen und die städtische Dimension in den Gemeinschaftspolitiken stärker in den Vordergrund gerückt:

- Die Gemeinschaftsinitiative *INTERREG* wird im Rahmen grenzüberschreitender, transnationaler und interregio-

nal Zusammenarbeit zu verschiedenen Themen auch zur Bildung von Städtenetzwerken sowie zum Austausch von Wissen und Erfahrungen zwischen Städten und Stadtregionen genutzt. Beispielsweise ist *EUROPOLIS* ein Projekt im Rahmen von *INTERREG III B* zum Erfahrungsaustausch europäischer Mittelstädte (50.000 bis 300.000 EW) zu Fragestellungen einer integrierten Stadtentwicklung (BMVBS/ BBR 2007a).

- Seit 1994 werden Maßnahmen zur Wiederbelebung städtischer Problemquartiere mit Hilfe der Gemeinschaftsinitiative *URBAN* unterstützt. In den knapp 200 bislang geförderten Stadtteilen in Europa wurden integrierte, sektorübergreifende und partizipative Ansätze einer modernen Stadtentwicklung im Rahmen von zwei Förderperioden (1994-2006) umgesetzt. In der laufenden Förderperiode (2007-2013) wird *URBAN* nicht als eigenständige Initiative weitergeführt, sondern ist in die regulären Strukturfondsprogramme überführt, womit die Stadtentwicklung dort eine stärkere Verankerung erhalten hat.
- Mit den Programmen *URBACT* (Netzwerk für Wissens- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der integrierten Stadtentwicklung zwischen Städten mit 20.000 oder mehr Einwohnern) und *STÄDTEAUDIT* (Statistische Datenbank von 258 mittleren und großen Städten) sind Instrumente zur Information und zum Austausch von Daten zwischen europäischen Städten geschaffen worden (vgl. BMVBS/ BBR: 2008). Dabei zeigt sich, dass in Westeuropa nationale Programme oder umfassende Ansätze für einzelne Städte und Regionen im Vordergrund stehen, während sich die integrierte Stadtteilentwicklung in Mittel- und Osteuropa stärker auf Einzelprojekte und Maßnahmen bezieht. Im Gegensatz zu den westeuropäischen Städten, in denen neben städtebaulichen meist auch soziale und lokalwirtschaftliche Herausforderungen betrachtet werden, liegen die Aktivitäten in mittel- und osteuropäischen EU-Staaten schwerpunktmäßig bei städtebaulichen Maßnahmen (vgl. BMVBS/BBR 2008).
- Weiterhin gibt es eine Reihe von Netzwerken europäischer Städte, z. B. *EUKN* (European Urban Knowledge Network)⁴, *EUROCITIES*⁵.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche Forschungsprojekte im Kontext der europäischen Raumentwicklung sowie das Forschungsnetzwerk *ESPON* (European Spatial Planning Observation Network), das der Beobachtung und Analyse der europäischen Raumentwicklung dient.

Perspektiven integrierter Stadtentwicklung in Europa

Integrierte Stadtentwicklung ist durch räumliche, zeitliche und sachliche Abstimmung charakterisiert, sodass sie unterschiedliche Handlungsfelder und Fachplanungen vernetzt betrachtet.

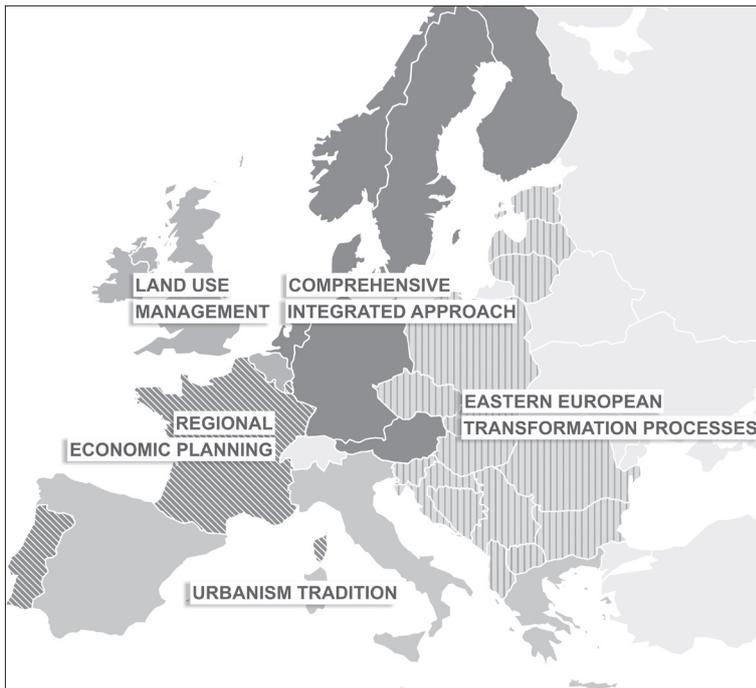


Abb. 2: **Planungskulturen in Europa** [Quelle: Knieling/Othengrafen 2009, nach EC 1997 und Newman/Thornley 1996]

- Die **Renaissance der Stadtentwicklungsplanung** steht heute – anders als in den 1960er und 1970er Jahren – unter der Prämisse, im Sinne einer strategischen Planung oder eines Stadtmanagements verstärkt akteurs-, prozess- und umsetzungsorientiert zu arbeiten. Zudem sind aktuelle Themen (z. B. Demografischer Wandel, Klimawandel, Auswirkungen der ökonomischen Globalisierung) zu bewältigen.
- Gleichzeitig gewinnt die räumliche **Integration der Stadt in die Region** an Bedeutung. Städte werden zunehmend als Kerne von großflächigeren Standorträumen verstanden. Angesichts dieser globalisierungsbedingten Maßstabsvergrößerung kommt eher den Metropolregionen die Rolle von Knoten im globalen „Raum der Ströme“ zu. In der Folge stellt sich für die Städte die Anforderung, mit ihrem Umland und den weiter entfernten ländlichen Räumen neue Formen der Raumpartnerschaft zu entwickeln. Städte bzw. Stadtregionen können auf diese Weise wichtige Akteure einer europäischen Kohäsionspolitik werden.
- **Vielfalt der Planungskulturen:** Eine integrierte Stadtentwicklung wird zwar in zahlreichen EU-Staaten als eine Strategie für das Erreichen von Nachhaltigkeitszielen eingesetzt. Dabei sind allerdings die unterschiedlichen Planungskulturen der einzelnen Staaten in Europa zu berücksichtigen (vgl. Abb. 2). Große Unterschiede bestehen beispielsweise im politischen Institutionensystem der Länder. Auch Instrumente und Strategien einzelner Staaten oder Städte lassen sich nicht einfach übertragen, weil die jeweils spezifischen Rechts- und Handlungsrahmen zu berücksichtigen sind.
- **Lebensqualität als Standortfaktor:** Der europäischen Stadt wird allgemein eine vergleichsweise hohe Lebensqualität attestiert, die ein ausgewogenes Verhältnis zwischen wirt-

schaftlicher Wettbewerbsfähigkeit, sozialem Zusammenhalt und ökologischer Nachhaltigkeit ermöglicht. Insbesondere in den europäischen Großstädten treten aber nach wie vor auch gehäuft Probleme auf, wie gesellschaftliche Ausgrenzung, räumliche und ethnische Trennung, Unsicherheit, Umweltverschmutzung, Verkehrsinfarkt oder Arbeitslosigkeit. Häufig finden sich diese Problemlagen parallel zu wirtschaftlichem Wachstum und (städtebaulicher) Entwicklungsdynamik. Um in Zukunft lebenswerte Städte zu erhalten bzw. zu schaffen, wird es darum gehen, wie sich das Spannungsfeld zwischen Wettbewerb, Sozialgefüge und ökologischer Nachhaltigkeit ausgestalten lässt.

Vor dem Hintergrund der globalen Standortkonkurrenz kann die Lebensqualität europäischer Städte zu einem besonderen Vorteil werden. In Abgrenzung zu den überbordenden Megacities ermöglichen die europäischen „Second Cities“ (Follath/Spörl 2007) Umwelt-

qualität, kurze Wege, eine Mischung von Wohnen und Arbeiten etc., die qualifizierte Arbeitskräfte und Bevölkerung anziehen könnten. Dies deutet an, wie die Qualitäten der europäischen Stadt vor dem Hintergrund der beschriebenen Veränderungen neu zu definieren und in der integrierten Stadtentwicklung zu berücksichtigen wären.

- **Transformationsprozesse als Chance:** Eine Besonderheit der Stadtentwicklung in Europa sind die seit fast zwanzig Jahren ablaufenden intensiven Transformationsprozesse der mittelost- und osteuropäischen Städte. Die beteiligten Akteure und Institutionen verfügen inzwischen über ein enormes Erfahrungswissen im Umgang mit Strukturwandel und Innovation. Für Europa kann dieser Fundus eine Zukunftsressource darstellen, wenn es gelingt, einen Dialog und Transfer – diesmal von Ost nach West – zu erreichen. Interessant an dieser Überlegung ist insbesondere auch, dass diese Aufgabe die Sichtweisen umkehren und dazu beitragen würde, ost- und westeuropäische Städte auf die Ebene gleichberechtigter Partner zu stellen.

Die „Leipzig Charta“ als Impuls für integrierte Stadtentwicklung in Europa

Ohne Zweifel hat die „Leipzig Charta“ die Diskussion über die zukünftige Stadtentwicklung in Europa neu eröffnet und das Thema stärker in das Blickfeld der Europäischen Union gerückt. Die Diskussion über Anforderungen an die Stadtentwicklung (wie die Herstellung und Sicherung qualitativvoller öffentlicher Räume, die Modernisierung der Infrastruktur und die Steigerung der Energieeffizienz), eine aktive Innovations- und Bildungsförderung sowie – insbesondere für die benachteiligten Stadtquartiere – die Förde-

zung eines umweltverträglichen, leistungsstarken und preisgünstigen Stadtverkehrs, das Verstetigen städtebaulicher Aufwertungsstrategien, die Stärkung der lokalen Wirtschaft und der lokalen Arbeitsmarktpolitik sowie eine aktive Bildungs- und Ausbildungspolitik für Kinder und Jugendliche, erhalten europaweit eine neue Plattform, sowohl auf der jeweiligen nationalen Ebene als auch im europäischen Austausch über die Fortschritte einer integrierten Stadtentwicklung. Die angekündigte erste Bilanz zur Umsetzung der „Leipzig Charta“ in den EU-Mitgliedstaaten durch die französische Ratspräsidentschaft Ende 2008 wird einen Einblick in die tatsächlichen Bemühungen und Aktivitäten zur Verankerung und Umsetzung einer integrierten Stadtentwicklung in den einzelnen europäischen Ländern geben. Ob Qualitätssicherung in Form von Leitlinien für integrierte Stadtentwicklungskonzepte, die Verankerung der Prinzipien in den nationalen Stadtentwicklungspolitiken und Förderprogrammen oder Kampagnen zur Bewusstseinsbildung für integrierte Ansätze: die Spanne möglicher Handlungsansätze in den europäischen Mitgliedstaaten ist breit.

Anmerkungen

- 1 aufgrund von Suburbanisierung, Deindustrialisierung, Arbeitsplatzabbau usw.
- 2 Auf nationaler Ebene gibt es sie nur in Slowenien und Malta, auf regionaler Ebene nur in Estland und Litauen.
- 3 Hierzu zählen Amsterdam, Brüssel, Düsseldorf, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart, München und Zürich; potenziell auch Birmingham, Rotterdam, Antwerpen, Luxemburg und Bern.
- 4 ein Europäisches Wissensnetzwerk, das zur Lösung städtischer Probleme beitragen soll. Beteiligt sind 15 Mitgliedstaaten; siehe www.eukn.org
- 5 Über 130 größere Städte aus mehr als 30 europäischen Ländern arbeiten seit 1986 zusammen; siehe: www.eurocities.org

Literatur

Albers, G./Wékel, J.: Stadtplanung. Darmstadt 2008

BBR [Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung] (Hg.): Raumordnungsbericht 2005. Berichte des BBR, Bd. 21. Bonn 2005

BMVBS [Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung] (Hg.): Territoriale Agenda der Europäischen Union, Generaldirektoren-Treffen am 15./16. März 2007 in Berlin, Berlin 2007a [verfügbar unter: http://www.bmvbs.de/Anlage/original_998207/Territoriale-Agenda-der-Europaeischen-Union-Angenommen-am-25.-Mai-2007-barrierefrei.pdf; Zugriff am 28.08.2008]

BMVBS (Hg.): Leipzig Charter on Sustainable European Cities, Director-General Meeting, March 15-16, 2007 in Berlin, Berlin 2007b, verfügbar unter: http://www.eu2007.de/en/News/download_docs/Mai/0524-AN/075DokumentLeipzigCharta.pdf

BMVBS/BBR (Hg.): Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt. Hintergrundstudie zur „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Berlin 2007a [BBR-Online-Publikation 08/07, bearb. von Eltges, M.; Nickel, E.; Franke, T.; Strauss, W.-C.; Reimann, B.; Beckmann, K. J.; urn:nbn:de:0093-ON0807R149]

BMVBS/BBR (Hg.): Auf dem Weg zu einer nationalen Stadtentwicklungspolitik. Memorandum. Berlin/Bonn 2007b

BMVBS/BBR (Hg.): URBACT. Nationale Begleitung und Auswertung des URBACT-Netzwerks, BBR-Online-Publikation, Nr. 09/2008, be-

arb. von Herz, S.; Pauly, M.; Ruppert, C.; Vater, D.; Göddecke-Stellmann, J., Berlin 2008, urn:nbn:de:0093-ON0908R143

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit): Integrierte Entwicklungsplanung – Eine Bestandsaufnahme. Bonn 1973

Castells, M.: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Teil 1 der Trilogie, Das Informationszeitalter: Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. Opladen 2001

EC [European Commission]: European spatial development perspective: Towards balanced and sustainable development of the territory of the EU. Luxemburg 1999

EC [European Commission]: The EU compendium of spatial planning systems and policies. Regional development studies. Luxemburg 1997

Faludi, A.: Europäische Raumentwicklungspolitik. In: ARL (Hg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover 2005, S. 251-259

Follath, E./Spörl, G.: An Inside Look at Europe's Coolest Cities. In: SPIEGEL online International, 28.08.2007 [<http://www.spiegel.de/international/europe/0,1518,502297,00.html>]; Zugriff am 01.09.2008]

Haen, H. de/Evers, I./Gans, O./Henrichsmeyer, W.: Integrierte Entwicklungsplanung. Eine Bestandsaufnahme. Berlin 1975

Häußermann, H./Läpple, D./Siebel, W.: Stadtpolitik. Frankfurt a. M. 2008

Hall, P.: Cities of Tomorrow: An Intellectual History of Urban Planning and Design in the Twentieth Century. Oxford 2002

Hamedinger, A./Frey, O./Dangschat, J. S./Breitfuss, A. (Hg.): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. Wiesbaden 2008

Heinz, W.: Stadtentwicklungsplanung, in: Häußermann, H.: Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen 2000, S. 235-246

Knieling, J./Othengrafen, F.: Towards an Analytical Model for Comparative Research on Planning Cultures. In: Dies. (Hg.): Planning Cultures in Europe between Diversity and Convergence? Aldershot 2009 [im Erscheinen]

Léautier, F.: Cities in a Globalizing World. Governance, Performance, and Sustainability. Washington/D.C. 2006

Newman, P./Thornley, A.: Urban Planning in Europe. London 1996

Ostergren, R. C./Rice, J. G.: The Europeans. A Geography of People, Culture and Environment. New York/London 2004

Porter, M. E.: On Competition. Boston 1998

Porter, M. E.: Unternehmen können von regionaler Vernetzung profitieren. In: Harvard Business Manager, H. 3/1999, S. 51-63

Reiß-Schmidt, S.: Von der Stadtentwicklungsplanung zum Stadtentwicklungsmanagement. In: PND Ausgabe 4/2006, S. 1-18 [verfügbar unter: http://www.planung-neu-denken.de/dokumente/reiss-schmidt_lang.pdf; Zugriff am 01.09.2008]

Salet, W./Faludi, A. (Hg.): The Revival of Strategic Spatial Planning. Amsterdam 2000

Schmals, K. M.: Raumplanung im Umbruch – Von der technokratischen zur zivilgesellschaftlichen Raumplanung? In: Ders. (Hg.): Was ist Raumplanung? Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 89. Dortmund 1999, S. 7-26

Siebel, W. (Hg.): Die europäische Stadt. Frankfurt a. M. 2004

Siebel, W.: Was ist eine europäische Stadt? In: EuropaKulturStadt. Beilage des Deutschen Kulturrates und der Kulturstiftung des Bundes in politik und kultur, Ausgabe Jan.-Febr. 2005, S. 1-2 [verfügbar unter: <http://www.kulturrat.de/dokumente/eks/eks-ll.pdf>; Zugriff: 28.08.2008]

Sinning, H.: Stadtmanagement – Strategien zur Modernisierung der Stadt. Dortmund 2008

Prof. Dr.-Ing. Heidi Sinning ist Leiterin des Instituts für Stadtforschung, Planung und Kommunikation der Fachhochschule Erfurt und Gesellschafterin von KoRiS – Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung in Hannover. ■